



Landtagswahl 2011 WAHLPRÜFSTEINE DES HANDWERKS

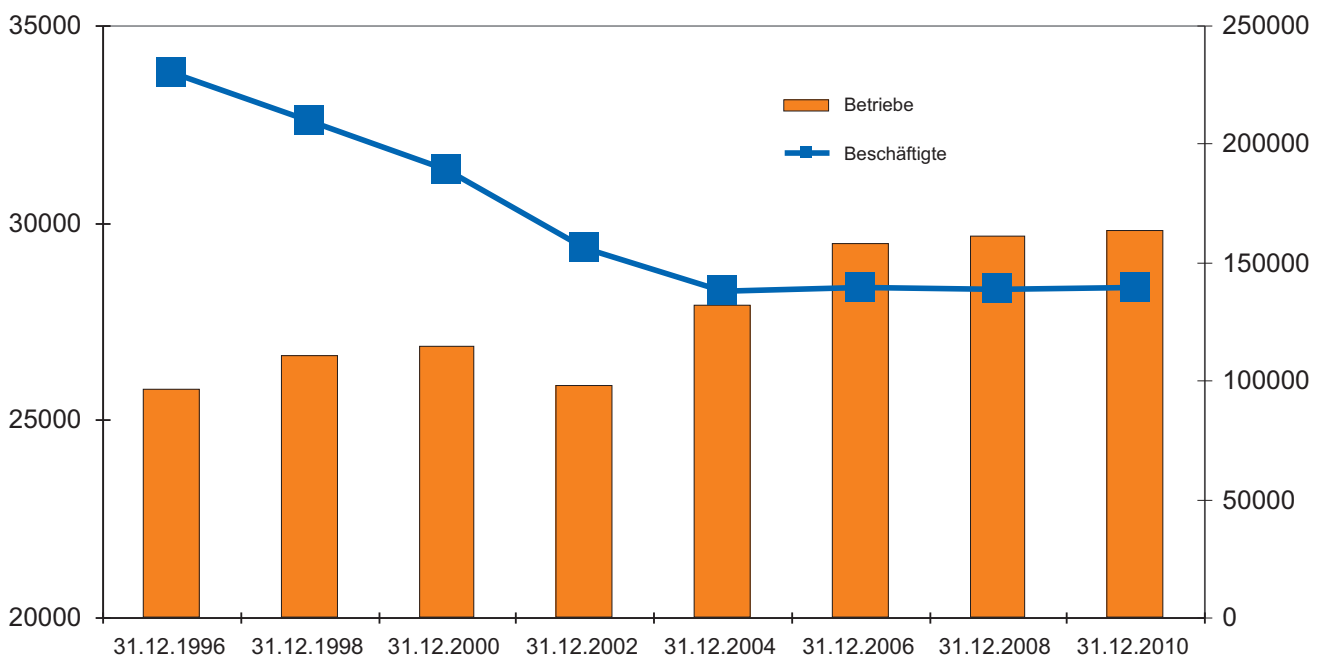
In den 30.000 Betrieben des Handwerks in Sachsen-Anhalt sind gegenwärtig rund 140.000 Beschäftigte tätig. Diese Unternehmen haben einen erheblichen Anteil an der Wirtschaftsleistung, Beschäftigungssicherung und Lehrlingsausbildung des Landes.

Nach 1989 nahm das Handwerk zunächst eine sehr positive Entwicklung, später kennzeichneten viele Schwierigkeiten die Lage des Handwerks. Diese waren Ergebnis der schwachen Binnenkonjunktur und Folge einer Wirtschaftspolitik, die die Konsequenzen von Gesetzen und Maßnahmen auf kleinere und mittlere Unternehmen zu wenig bedenkt. Handwerksunternehmen sind überwiegend auf den regionalen Absatzmarkt ausgerichtet und können sich deshalb den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen vor Ort nicht entziehen. Gegenwärtig ist die konjunkturelle Situation für das Handwerk wieder günstig. Dies sollte genutzt werden, um langfristig die Weichen für eine mittelstandsfreundliche Politik zu stellen, denn die personalintensiv arbeitenden Handwerksbetriebe haben maßgeblichen Anteil an einer stabilen Entwicklung von Gesellschaft und Wirtschaft in den Städten und Gemeinden Sachsen-Anhalts. Die Berücksichtigung der Anliegen des Handwerks in Wahlaussagen und konkretem Handeln ist deshalb ein wichtiger Bewertungsmaßstab für die Beurteilung der Parteien zur Landtagswahl 2011.

Der Handwerkstag Sachsen-Anhalt als höchste Interessenvertretung des Handwerks in Sachsen-Anhalt bringt deshalb stellvertretend für die 30.000 kleinen und mittleren Handwerksunternehmen nachfolgend Wünsche und Forderungen an die Politik zur Sprache.

Die günstige deutsche Wirtschaftsentwicklung steht im Kontrast zu vielen Baustellen der Wirtschaftspolitik. Beispiele dafür sind: Neuregelungen der Struktur der Artikel, die dem ermäßigten Mehrwertsteuersatz unterliegen, Umstrukturierung der Rundfunkfinanzierung zulasten vor allem kleiner Unternehmen und höhere Lohnzusatzkosten durch Steigerung der Beiträge zur Kranken- und Arbeitslosenversicherung.

Handwerksbetriebe und Handwerksbeschäftigte in Sachsen-Anhalt



Handwerkskammern Halle und Magdeburg; links Anzahl der Betriebe, rechts Anzahl der Beschäftigten

Wirtschaftspolitik

Subventionen überprüfen und abbauen!

Das Handwerk fordert eine Überprüfung aller Subventionen und deren Abbau. Subventionen führen immer zu Wettbewerbsverzerrungen und behindern den fairen Wettbewerb. Sie sollten deshalb immer nur eine begrenzte Zeitspanne gewährt werden. Die so eingesparten Mittel sind für Investitionen zu nutzen.

Demografischen Herausforderungen aktiv begegnen!

Die Bevölkerung Sachsen-Anhalts schrumpft und altert. Dieser Entwicklung ist durch eine Politik zur Steigerung der Geburtenraten und durch Maßnahmen zum Halten und Gewinnen von Leistungsträgern für Sachsen-Anhalt entgegenzuwirken.

Konjunkturpaket II effizient umsetzen - Konsequenzen ziehen!

Durch das Konjunkturpaket II wurden den Kommunen Bundesmittel für Investitionen zur Verfügung gestellt. So konnte der Finanzkrise begegnet und mehr Aufträge für das Handwerk ausgelöst werden. Die noch nicht durchgeführten Investitionen müssen jetzt effizient umgesetzt werden. Generell hält es das Handwerk für sinnvoller, den Kommunen langfristig eine stabile finanzielle Basis für Investitionen zur Verfügung zu stellen, um Vorzieheffekten und Investitionen mit geringem Nutzeffekt vorzubeugen.

Öko-Förderung volkswirtschaftlich sinnvoll gestalten!

Vor allem in den Bereichen erneuerbare Energien und Energieeinsparung wurden in den letzten Jahren zahlreiche Fördermaßnahmen initiiert. Die Belastung der Stromkunden durch die Einspeisevergütung zeigt, dass eine durchaus sinnvolle Förderung degressiv gestaltet sein muss. Auch ein Hin und Her wie 2010 beim Marktanzreizprogramm ist zu vermeiden. In jedem Fall müssen sich geförderte Techniken nach einigen Jahren der Anschubfinanzierungen auch ohne Subventionen rechnen, sonst sind sie volkswirtschaftlich kontraproduktiv.

Mindestlöhne nur entsprechend den Branchenwünschen!

Das Handwerk lehnt Überlegungen für allgemeine, politisch festgelegte Mindestlöhne als arbeitsplatzvernichtend ab. Die vom Handwerk unterstützte Alternative sind Vereinbarungen von Arbeitgebern und Arbeitnehmern über branchenspezifische Mindestlöhne, die in entsprechenden Tarifverträgen festzulegen sind.

Vereinfachte Ausschreibung beibehalten!

Die im Zuge der Weltfinanzkrise vereinfachten Ausschreibungsverfahren sollten beibehalten werden. Das Prinzip Fachlosvergabe ist konsequent durchzusetzen. Das Handwerk fordert weiterhin den Ausschluss des billigsten Anbieters von der Auftragsvergabe, um Dumpingangebote zu vermeiden. Präqualifizierungsverfahren sind zunächst fakultativ auszugestalten.

Finanzpolitik

**Rundfunkgebühren:
Kalkulation offenlegen, keine
Doppelbelastung für Betriebe!**

Die Bundesländer planen die Umstellung der Rundfunkgebühr von einer Gerätegebühr zu einer Haushalts- und Betriebsstättegebühr. Die Abkehr von der Gerätegebühr ist angesichts der technologischen Entwicklung sinnvoll. Aus Sicht des Handwerks wäre eine personenbezogene Gebühr am einfachsten. Die geplante Betriebsstättegebühr und besonders die Kfz-Gebühr für Betriebe lehnt das Handwerk ab, da die Rundfunk- und Fernsehnutzung am Arbeitsplatz eher die Ausnahme ist und Unternehmer und Mitarbeiter bereits privat die Gebühr bezahlen. Vor einer Neuregelung verlangt das Handwerk eine Offenlegung der Kalkulation der neuen Regelung und Sparmaßnahmen der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten.

**Abbau der Verschuldung,
Trotz Sparzwang investieren!**

Das Handwerk hat ein hohes Interesse an einer stabilen Finanzierung von Ländern und Gemeinden. Es braucht deren Aufträge. Da die Einnahmen zurückgehen und die Schulden drücken, ist der Sparkurs auch bei den Personalausgaben fortzusetzen. Anderenfalls wird Sachsen-Anhalt bald finanziell handlungsunfähig sein. Gleichzeitig muss die Zukunftsfähigkeit des Landes durch einen steigenden Anteil der Investitionen am Haushalt gesichert werden.

**Konzentration der Förderung
auf weniger Ziele, Instrumente
und Räume!**

In den nächsten Jahren werden sich die Einnahmen Sachsens durch zurückgehende Zuschüsse in Form von Geldern aus Solidarpakt II und EU-Förderung deutlich verringern. Deshalb ist es um so dringlicher, die geringen finanziellen Spielräume effizienter zu nutzen. Es wird kein flächendeckender Einsatz aller Förderinstrumente mehr möglich sein, sondern nur noch punktuell und zielorientiert handeln. Kriterium für die Förderung hat allein die mittel- und langfristige Stärkung der wirtschaftlichen Basis Sachsens zu sein, wobei wirtschaftlich schwache Regionen nicht den Anschluss verlieren sollten.

**Gewerbesteuer gleichwertig
ersetzen!**

Die Gemeinden Sachsens brauchen zuverlässige Steuereinnahmen. Das Handwerk hält es für richtig, die sehr schwankungsanfällige Gewerbesteuer durch ein kommunales Aufschlagsrecht auf die Einkommen- und Körperschaftssteuer zu ersetzen und Freiberufler einzubeziehen.

SV-Beiträge unter 40% halten!

SV-Beiträge wirken wie eine Steuer auf Arbeitsplätze. Um diese Belastung zumindest nicht weiter wachsen zu lassen, ist es notwendig, die SV-Beiträge dauerhaft unter 40% zu halten. Die angesparte Insolvenzgeldumlage aus dem Vorjahr darf nicht zweckentfremdet in den Bundeshaushalt eingestellt werden. Das Handwerk fordert die Rückkehr zur Abführung der SV-Beiträge nach Monatsende. Das Land wird aufgefordert, entsprechend im Bundesrat aktiv zu werden.

Mehrwertsteuersystem verbessern!

Das System der mit dem ermäßigten Mehrwertsteuersatz belegten Produkte ist veraltet und undurchsichtig. Deshalb sollte diese Liste stark gekürzt werden. Die zusätzlichen Steuereinnahmen müssen zur Senkung des regulären Mehrwertsteuersatzes genutzt werden. Das Land sollte sich im Bundesrat für eine solche Regelung einsetzen.

Kleinbetriebsregelung überprüfen, Anreize für Schwarzarbeit verringern!

Derzeit müssen Betriebe mit weniger als 17.500 Euro Umsatz im Jahr keine Umsatzsteuer abführen. Im jeweils aktuellen Jahr können es sogar 50.000 Euro sein. Diese ursprünglich zur Förderung von Existenzgründungen gedachte Regelung führt immer mehr zu Wettbewerbsverzerrungen in personalintensiven Gewerke und wird häufig mit Schwarzarbeit kombiniert. Das Handwerk fordert deshalb eine Beschränkung dieser Regelung auf Existenzgründungen und Bagatellfälle.

Ist-Besteuerung beibehalten!

Ist-Besteuerung, das heißt die Besteuerung nach Zahlungseingang, ist gerechter und verringert die Belastung der Wirtschaft bei Zahlungsverweigerung der Kunden. Die gegenwärtig befristete Regelung zur Ist-Besteuerung (Betriebe mit bis zu 500.000 Euro Jahresumsatz) ist deshalb dauerhaft zu gestalten und die Umsatzgrenze anzuheben. Langfristig sollte die Ist-Besteuerung für alle Betriebe angestrebt werden.

Berufsbildungspolitik

Berufsorientierung an Schulen verbessern!

Eine realistische Vorbereitung auf das Berufsleben findet in den Schulen noch zu wenig statt. Das Handwerk fordert das Land auf, gemeinsam Abhilfe zu schaffen. Das ist auch erforderlich, um die Schul- und Ausbildungsabbrecherquoten zu verringern und das Niveau der Schulabgänger in Deutsch, Mathematik und Naturwissenschaften zu erhöhen. Gemeinsam mit den Familien sollte auf gute soziale Kompetenz besonderer Wert gelegt werden.

Keine höheren Abitur- und Studienquoten!

Unsere Gesellschaft braucht ein ausgewogenes Verhältnis von Hochschul- und Berufsausbildung. Der Anteil eines Jahrganges, der eine Berufsausbildung möglichst im dualen System bekommt, muss deutlich überwiegen. Es ist ein Verschleudern von Steuergeldern und ein Untergraben der Facharbeiterbasis, wenn einem Drittel und mehr eines Jahrganges die Illusion einer Berufstätigkeit, die universitäre Ausbildung erfordert, vermittelt wird.

Sekundarschule stärken, Meisterbrief aufwerten!

Die Sekundarschule ist in ihrer Qualität und Attraktivität deutlich zu stärken. Die Qualitätsmerkmale der deutschlandtypischen Ausbildung zum Handwerksmeister sind auch durch den einfacheren Zugang zu fachspezifischen Hochschulausbildungen herauszustreichen.

Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik

Schwarzarbeit führt weiterhin zu hohen Einnahmeverlusten zulasten ehrlicher Zahler!

Die Anstrengungen zur Einhaltung des Gesetzes zur Bekämpfung der Schwarzarbeit müssen stärker und effektiver werden. Das Land sollte dies weiter über den Bundesrat initiieren. Die schwarzarbeitsbedingten Einnahmeausfälle bei Staat und Sozialkassen führen zu zusätzlichen Belastungen des Faktors Arbeit mit Steuern und Abgaben für die rechtstreuen Betriebe und deren Arbeitnehmer.

Arbeitsmarktreformen fortsetzen, dabei Konkurrenz zum ersten Arbeitsmarkt vermeiden!

Die sinkende Arbeitslosenquote ist auf die gute konjunkturelle Situation, wirksam werdende Arbeitsmarktreformen und die demografische Entwicklung zurückzuführen. Die günstige Situation sollte genutzt werden, ineffiziente Maßnahmen wie z.B. die Ein-Euro-Tätigkeiten auslaufen zu lassen, um Arbeit und nicht Arbeitslosigkeit zu finanzieren.

Rentenversicherung solide finanzieren!

Zur langfristigen Sicherung der Rentenfinanzierung waren die Beschlüsse zur Rente mit 67 notwendig und müssen beibehalten werden. Angesichts der sehr unterschiedlichen Anforderungen in den Berufen sollte der Zeitpunkt des Renteneintritts aber flexibler als bisher gehandhabt werden.

Verkehrs-, Umwelt- und Energiepolitik

Realistische Energiepolitik!

Bei der Begrenzung des CO₂-Ausstoßes und anderen energiepolitischen Initiativen sollten die Erfordernisse des internationalen Wettbewerbs und die Sicherung einer preiswerten Energieversorgung der Bevölkerung nicht aus dem Auge verloren werden. Dauersubventionen oder bürokratische Vorschriften werden abgelehnt. Energetische Gebäudesanierung ist sinnvoll, wenn die Ersparnisse über den Kosten liegen.

„Umweltzonen“: kein Aktionismus!

In den Städten Halle und Magdeburg sollen als „Umweltzonen“ bezeichnete Fahrverbotszonen für ältere Fahrzeuge eingeführt werden. Der Nutzen solcher Zonen ist gering, jedoch der Aufwand hoch. Das Handwerk fordert, im Genehmigungsverfahren Alternativen zu prüfen. Wirksamer ist es, Schadstoffbegrenzungen durch Auflagen für Neufahrzeuge durchzusetzen und falls nötig Durchfahrtsverbote für Lkw zu erlassen. Nur wenn sich darüber hinaus Handlungsbedarf ergibt, sind Umweltzonen mit langen Übergangsfristen, Ausnahmegenehmigungen und Fördermittel für Umrüstung vorzusehen.

Die Übersicht enthält die wichtigsten Positionen des Handwerkstages in Kürze. Detaillierte Informationen erhalten Sie auf der Internetseite der Handwerkskammer Halle www.hwkhalle.de bzw. bei Udo Nistripke, Referent für Volkswirtschaft, Telefon: 0345 2999 112.

Handwerkstag Sachsen-Anhalt

Der Handwerkstag Sachsen-Anhalt besteht seit 1993. Er vereint die beiden Handwerkskammern, den Gesamtverband Handwerk, Landesinnungs- und Fachverbände, Landesinnungen und die Arbeitsgemeinschaft der Kreishandwerkerschaften sowie verschiedene Partner des Handwerks. Der Handwerkstag sieht seine Hauptaufgabe in der Begleitung des Dialogs von Handwerk, Politik und Verwaltung, um für die 30.000 handwerklichen Unternehmen bestmögliche Rahmenbedingungen zu erstreiten.

Diese Wahlprüfsteine wurden gemeinsam durch die Handwerksvertreter des Landes erarbeitet. Sie fassen die wesentlichen aktuellen Herausforderungen der Landespolitik aus Sicht des Handwerks zusammen.

Handwerkstag Sachsen-Anhalt

Präsident

Thomas Keindorf (HWK Halle)

Vizepräsidenten:

Werner Vesterling (HWK Magdeburg)

Hans-Jörg Schuster (Gesamtverband Handwerk Magdeburg)

Kontakt:

über: Handwerkskammer Halle (Saale), Graefestr. 24, 06110 Halle (Saale)

Tel.: 0345 2999-0, Fax: 0345 2999-300

E-Mail: handwerkstag@hwkhalle.de, Internet: www.handwerkstag-sachsen-anhalt.de

Die Wirtschaftsmacht von nebenan - Imagekampagne des Handwerks

Handwerk: geht immer!

WWW.HANDWERK.DE

**Die kurze Geschichte
des Handwerks:
7 Weltwunder gebaut,
Buchdruck erfunden,
Milchstraße erforscht,
Wackelkontakt behoben.**

Die Geschichte der Menschheit ist auch eine Geschichte des Handwerks. Von Anfang an haben wir uns den größten Herausforderungen gestellt. Kein Wunder, dass viele der bedeutendsten Innovationen vom Handwerk stammen. So dringen wir dank unserer Erfahrung und unserem Erfindergeist immer weiter in neue Dimensionen vor. Zum Beispiel bei der Erkundung unserer Galaxie. Oder Ihrer Steckdosen.

DAS HANDWERK
DIE WIRTSCHAFTSMACHT VON NEBENAN.

Handwerkstag Sachsen-Anhalt

über: Handwerkskammer Halle (Saale)

Graefestr. 24, 06110 Halle (Saale)

Tel.: 0345 2999-0

Fax: 0345 2999-300

E-Mail: handwerkstag@hwkhalle.de

Internet: www.handwerkstag-sachsen-anhalt.de